

Tritt auf die Kostenbremse

Regierung will Staatsaufgaben und Gesundheitskosten prüfen

VADUZ – Der reiche Staat Liechtenstein hat lange auf grossem Fuss gelebt. Nun soll der Schrecken, der mit der Krise kam, Sonderinteressen bremsen. Die Regierung will den Staatshaushalt bis 2014 sanieren.

• **Kornelia Pfeiffer**

Spätestens 2002 hat die Regierung erkannt, dass sie handeln muss und wollte auf die Kostenbremse treten. Sie hat Massnahmen vorgeschlagen, um 23 Millionen Franken einzusparen: Unter anderem sollten die Subventionen für die Nichtberufsunfallversicherung oder die Wohnbauförderung gestrichen werden. 2006 konnte sie wieder einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorlegen: Das Land hatte die Finanzierung der Invalidenversicherung saniert, die Ausgaben stiegen um 1,1 Prozent, während die Einnahmen um 5,3 Prozent zulegten.

Liechtensteins Wirtschaft wuchs kräftig, das brachte dem Land mehr als genügend Steuern ein.

Rekorddefizit erreicht

«Wir haben ordentlich über die Verhältnisse gelebt und die Politik hat sich entsprechend verhalten», kommentierte Regierungschef Klaus Tschütscher am Mittwoch beim wöchentlichen Mediengespräch. Um 4,2 Prozent seien die Ausgaben zwischen 2001 und 2008 gestiegen. Dann kam die Wirtschaftskrise, hinzu die Krise um den Finanzplatz – und inzwischen weiss niemand genau, wie sich Exportwirtschaft und Finanzplatz entwickeln werden. Der Haushaltsplan für 2010, den die Regierung vergangene Woche vorlegte, geht von einem Aufwand von 923 Millionen Franken aus. Die Einnahmen schätzt sie auf 783 Millionen Franken. Das Defizit erreicht damit den Rekord von rund 181 Millionen

Franken. Die Kosten liegen damit bei 118 Prozent der Einnahmen.

Thomas Lorenz, Leiter Stabsstelle Finanzen, rechnete die Zahlenreihen bis auf das Jahr 2014 hoch: Ohne Ausgabenbremse würde der Staatsaufwand auf 959 Millionen Franken steigen, bei Einnahmen von 819 Millionen Franken. Alles in allem wäre das Haushaltsloch dann 160 Millionen Franken gross. Da Steuererhöhungen nicht in Frage kämen, sieht die Regierung Tschütscher im Stopp des Ausgabenwachstums den einzig gangbaren Weg, um bis 2014 den Staatshaushalt zu sanieren. Das Gebot der Stunde sei, die Aufgaben des Staates und die Effizienz der Verwaltung zu überprüfen. Anpacken werde man auch die grossen Kostentreiber Gesundheit und soziale Wohlfahrt. Bis Anfang 2010 soll eine Studie zur Spitalfinanzierung vorlegen. Und nicht zuletzt müssten auch die Gemeinden an ihre Reserven gehen.



Regierungschef Tschütscher will beim Sparen hart durchgreifen.